

**Debatte zum Abschlussbericht des
Kundus-Untersuchungsausschusses**

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
(CDU/CSU):

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ein Untersuchungsausschuss ist ein Hilfsinstrument für das Parlament zur Sachaufklärung eines skandalisierten Sachverhalts. Er ist aber auch politisches Kampfmittel. Wir stellen fest, dass Untersuchungsausschüsse in letzter Zeit immer mehr zu einem politischen Kampfmittel und immer weniger zu einem Aufklärungsinstrument geworden sind. Wenn Sie es mir nicht glauben, kann die SPD das im Buch von Wiefelspütz auf Seite 30 nachlesen. Den Linken empfehle ich Badura in der Festschrift für Helmrich, Seite 191.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Ordentlich zitiert!)

Im Rahmen einer politischen Kampf Stimmung ist es normal, dass man sich einmal im Ton vergreift, dass man mit Unterstellungen und subtilen Behauptungen, die sich nicht bewahrheiten lassen, argumentiert und dass man aus diesen Unterstellungen Schlussfolgerungen zieht, die ebenfalls nicht stimmen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Kauder, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung der Kollegin Keul?

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
(CDU/CSU):

Nein, sie kann eine Kurzintervention machen. – Meine Damen und Herren, ich habe Verständnis dafür, dass man im politischen Meinungskampf mit Unterstellungen arbeitet. Jedoch habe ich überhaupt kein Verständnis dafür, dass man glaubt, die Generalbundesanwältin attackieren zu müssen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

mit den ungehörigsten Argumentationen, die ich jemals erlebt habe. Die Linken haben der Bundesregierung unterstellt, sie habe gewissermaßen Einfluss auf die Generalstaatsan-

waltschaft genommen, damit diese das Verfahren einstelle.

(Zuruf von der LINKEN: Ist das nicht so?)

Da hört es auf. Eine objektive Behörde muss sich nicht gefallen lassen, dass behauptet wird, sie sei von einer Bundesregierung determiniert. Das stimmt nicht. Sie können es nicht beweisen, und deshalb dürfen Sie es auch nicht behaupten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es gehört sich auch nicht, der Generalbundesanwaltschaft zu unterstellen, sie habe oberflächlich gearbeitet und keinerlei militärpolitische Kenntnisse.

(Paul Schäfer [Köln] [DIE LINKE]:
Was ist denn mit den Zeugen, die vernommen worden sind, oder mit den Zeugen, die nicht vernommen worden sind?)

Deshalb rate ich jedem, bei den Aufgaben eines Untersuchungsausschusses zu bleiben.

Wir haben in diesem Untersuchungsausschuss durchaus etwas gelernt. Ein hohes Gericht hat Ihren Plan eines Showdowns durchkreuzt. Eine Gegenüberstellung von Guttenberg, Schneiderhan und Wichert, wie Sie sie wollten, ist von uns abgelehnt worden. Das Gericht hat uns recht darin gegeben, dass es sich nicht um ein Minderheitenrecht handelt, sondern dass die Mehrheit das ablehnen kann. Wir wollen keinen Showdown in Untersuchungsausschüssen.

Ich empfehle, dass die Opposition in sich geht und darüber nachdenkt, ob es nicht besser ist, aus einem Untersuchungsausschuss wieder das zu machen, was eigentlich vorgesehen war, nämlich ein Instrument der Sachaufklärung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dieser Untersuchungsausschuss hat wieder einmal bestätigt: Wir müssen das parlamentarische Untersuchungsausschussrecht reformieren. Es gibt da zu viel Leerlauf, und es wird zu viel unnütz gemacht.

(Paul Schäfer [Köln] [DIE LINKE]: Das ist richtig!)

Man kann da einiges verbessern. Ich habe einen Gesetzentwurf in der Tasche; jeder kann daran mitarbeiten.

(Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das nenne ich Hybris!)

Es ist nämlich eine Aufgabe des Parlaments, sich funktionierende Regeln zu geben. Es darf nicht sein, dass Zeugen vernommen werden und am Ende in deren Aussagen etwas hineininterpretiert wird, was diese nicht hergeben.

(Paul Schäfer [Köln] [DIE LINKE]: Wir brauchen mehr Öffentlichkeit! Dann kann man das nachlesen!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wer liest denn diese über 300 Seiten Abschlussbericht?

(Michael Brand [CDU/CSU]: 580 Seiten!)

– 580 Seiten, sagt der Kollege. Vielleicht kommen wir einmal dazu, das präziser und knapper zu formulieren, einen Bericht hinzubekommen und Sondervoten abzugeben, die Hand und Fuß haben.

Nehmen Sie sich ein Beispiel am Bündnis 90/Die Grünen. Ein Kompliment: Sie haben ein Sondervotum abgegeben, das zwar nicht unsere Meinung widerspiegelt, aber sauber aufgebaut ist, im Ton moderat ist und einen Sprachgebrauch pflegt, wie wir ihn im Parlament und im Plenum gewohnt sind: nicht unter der Gürtellinie. Daraus können die anderen Fraktionen nur lernen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Kauder, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung der Kollegin Hänsel?

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

Bitte schön.

(Markus Grübel [CDU/CSU]: Das ist jetzt ungerecht!)

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Danke schön, Frau Präsidentin. – Herr Kauder, Sie haben sich gefragt: Wer liest eigentlich diesen Untersuchungsbericht? Sind Sie sich eigentlich dessen bewusst, dass die Menschen in Afghanistan sehr genau schauen, was hier passiert, wer Verantwortung übernimmt und wie mit der ganzen Situation umgegangen wird? Wissen Sie eigentlich, dass immer mehr Menschen in Afghanistan auf die Straße gehen, um sich gegen genau solche Bombardierungen zu wehren, weil sie feststellen, dass nichts passiert und es nicht einmal einen Aufschrei gibt? Es ist nicht egal, was in diesem Untersuchungsbericht steht. Immer mehr Menschen in Afghanistan wenden sich gegen ein solches Vorgehen.

Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, dass heute hier oben auf der Besuchertribüne ein junger Afghane sitzt, der solche Demonstrationen organisiert und sagt: „Wir wehren uns gegen diese Bombardierungen“, der mitbekommt, worüber wir hier diskutieren. Es ist nicht egal, was in einem solchen Bericht steht; es wird sehr genau auf jedes Wort geachtet, auch auf Ihre Worte und darauf, ob es hier ein Stück weit Empathie gibt oder Sie nur sachlich-technisch über diesen Untersuchungsausschuss reden. Ich bin froh, dass sich junge Afghanen dagegen wehren, und möchte Said Mahmood Paiz herzlich willkommen heißen. Herzlichen Dank, dass du da bist.

(Beifall bei der LINKEN)

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

Liebe Kollegin, Sie vermitteln diesen jungen Menschen damit allerdings, auch in Deutschland gäbe es keine rechtsstaatlichen Prinzipien. Denn Sie, die Linken, waren es, die der Generalbundesanwaltschaft vorgeworfen haben, sie habe in einem äußerst bedenklichen, wenn nicht sogar rechtsstaatswidrigen Vorgang das Verfahren gegen Oberst Klein eingestellt. Sie dürfen den jungen Menschen in Afghanistan nicht vermitteln, dass die Generalbundesanwaltschaft „bedenklich“ und „rechtsstaatswidrig“ vorgeht – das tut sie

nicht –; denn diese jungen Menschen wissen, was es heißt, nicht rechtsstaatlich behandelt zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie sehen also, dass es durchaus seinen Sinn hat, auch über Prinzipien zu diskutieren. Vielleicht lernen Sie noch etwas daraus. Ich würde es mir und uns allen wünschen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Kurzintervention hat die Kollegin Keul das Wort.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Kauder, wir haben heute mehrfach in der Debatte gehört, dass alle ein Interesse an Sachaufklärung hatten, an einer öffentlichen Aufklärung, wie sie uns die Kanzlerin versprochen hatte. Es sah beim Untersuchungsausschuss zu Beginn auch so aus, als seien wir da auf einem guten Wege. So hatten wir einen Kompromiss mit den Koalitionsfraktionen im Hinblick auf Geheimhaltungsbedürftigkeit und öffentliche Aufklärung gefunden; wir hatten einen Kompromiss gefunden, welche Zeugen öffentlich und welche nicht öffentlich vernommen werden sollten. Das war eine vernünftige Grundlage; sie bestand etwa zwei bis drei Monate.

Ich möchte Sie heute fragen: Warum war es gerade Ihnen, die Sie nach zwei bis drei Monaten erschienen, so besonders wichtig, dafür zu sorgen, dass dieser Ausschuss nie wieder öffentlich tagte und sämtliche Vernehmungen von Zeugen, egal ob schutzbedürftig oder nicht, nur noch im Geheimen stattfanden?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort, Kollege Kauder.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

Frau Kollegin, schlicht und ergreifend deshalb, weil ich in das Grundgesetz geschaut habe. Schon der Verteidigungsausschuss tagt nicht öffentlich, aus gutem Grund: weil es da um militärische Informationen geht, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sein sollen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn im Grundgesetz steht, dass schon der Verteidigungsausschuss bei solchen Sachverhalten nicht öffentlich tagt, warum soll dann ein Untersuchungsausschuss, bei dem es ans Eingemachte geht, auf einmal öffentlich tagen können?

Vielleicht hätten Sie besser ein anderes Thema angesprochen: das ständige Durchstechen von geheimen Informationen an die Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit der Frage des Geheimnisverrates hat sich hier niemand befasst. Ich habe mir Mühe gegeben, eine Alternative anzubieten, aber Sie ignorieren sie völlig. Ich kann Ihnen sagen: Es kann nicht sein, dass geheimhaltungsbedürftige Informationen ständig nach außen dringen.

Ich habe mich vor zwei Tagen beim Bundesverfassungsgericht dafür rechtfertigen müssen, dass es der Deutsche Bundestag nicht schafft, in Ausschüssen die Geheimhaltung zu wahren. In Bezug auf das Stabilitätsgesetz haben wir uns für ein Neunergremium entschieden, weil wir zu dem Ergebnis gekommen waren, dass 41 nicht dorthalten können. Darüber müssen wir einmal nachdenken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)